

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 240.19 / 04.06.2019

Der AfD ist nichts zu niederträchtig, um ein paar Klicks zu bekommen

Zu den Äußerungen des AfD-Kreisverbandes Dithmarschen bezüglich des erschossenen Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) sagt der Sprecher für Strategien gegen Rechtsextremismus der Landtagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen, **Lasse Petersdotter**:

Der Tod des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) ist eine furchtbare Nachricht und unser Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen und insbesondere seiner Familie.

Seit 2015 befand sich Herr Lübcke im Fokus der rechten Szene, da er sich für eine solidarische Gesellschaft und das Recht auf Asyl ausgesprochen hat. Zeitweise befand sich Herr Lübcke daher wegen anhaltender Morddrohungen unter Polizeischutz. Die genauen Hintergründe der Tat sind bislang unbekannt, eine schnelle Aufklärung muss jetzt höchste Priorität haben.

Bereits wenige Stunden nach Bekanntwerden der Tat gab es geschmacklose und menschenverachtende Zustimmung aus der rechten Szene im Internet. An dieser Schäbigkeit hat sich auch der AfD-Kreisverband Dithmarschen bei Facebook beteiligt. In Anspielung auf den Suizid von Jürgen Möllemann in 2003 schrieb sie zu einem Foto des mutmaßlich getöteten CDU-Politikers Lübcke: „Mord???? Er wollte nicht mit dem Fallschirm springen...“ (siehe Anhang). Auch wenn der Beitrag mittlerweile gelöscht ist, macht es das Gesagte nicht ungeschehen. Zahlreiche Bürgermeister*innen berichten von Bedrohungen, Pöbeleien und Angriffen auf ihre Familie. Anstatt sich für ein friedfertiges, demokratisches Miteinander einzusetzen, zeigt die AfD wieder, dass sie Teil des menschenverachtenden Kanons der rechten Szene ist. Hass und Hetze bestimmen ihre Social Media Accounts. Würde es sich um eine handlungsfähige Partei handeln, würde

man Konsequenzen vom Landesvorsitz verlangen, aber dieser ist wegen möglicher Unterstützung eines den Holocaust leugnenden Verbandes außer Kraft gesetzt. Wer dieser Partei, egal wo, politische Verantwortung überträgt, muss sich bewusst sein, was für eine menschenverachtende politische Haltung man da unterstützt!
